

Rechnungen“ erstatten 3

Zahnmedizin

Neuere Erkenntnisse werden neue Unterteilung bringen:
Der aggressiven Parodontitis auf der Spur 9

In dieser Woche mit
DZW Zahn Technik 5/04
»Metallfreie Restaurationen«

Schmerzbehandlung in der Zahnarztpraxis:
Myoarthropathien des Kausystems – ein neuer Denkansatz 10

Praxis aktuell

Richtig delegieren spart Zeit und Nerven:
Dem täglichen Stress begegnen 18

Neue Röntgenverordnung:
Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz steht an 19

DZW-Leserumfrage 2004 8

Hochschule 11-16

Exklusiv bei
GmDS
Medical & Dental Service GmbH
56203 Höhr-Grenzhausen
Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0
Fax: 0 26 24 - 94 99 29
www.gmDS-dental.de

Z. A
46291x
ZB MED

gemacht, dass diese die Entwicklungen eines neuen „versicherungsvertragsgesetzes“, mit dem die Privaten Krankenversicherungen (PKVen) die privaten Therapien beschränken möchten, „völlig verschlafen habe“ (siehe DZW-Bericht auf Seite 3).

„Hätte es nicht unsere Aufmerksamkeit und berufspolitischen Weitsicht unseres juristischen Beraters gegeben und hätten wir nicht mehrmals interveniert, wäre die BZÄK nicht aktiv geworden“, kritisierte Engels die Rolle der zahnärztlichen Spitzenvertretung. „Es ist nur den Implantologen zu verdanken“, brüstete sich Engels, dass nun von der gesamten Zahnärzteschaft „gehandelt werden könne“.

Einzelverträge und eingeschränkte Leistungspflicht

Die von einer Enquete-Kommission der Versicherungswirtschaft für das Bundesjustizministerium vorbereiteten Gesetzesinitiativen zur Neufassung des „Versicherungsvertragsgesetzes“ für die PKVen hat – siehe auch die Beiträge auf Seite 3 – zwei be-

sonders kritische Punkte: Einmal soll den PKVen das Recht eingeräumt werden, mit Leistungserbringern, Ärzten und Zahnärzten „Einzelverträge“ abzuschließen und mit ärztlichen und zahnärztlichen Vereinigungen in ein direktes Vertragsverhältnis treten zu können. Zum anderen, daran entzündet sich die BDIZ-Kritik, soll die Leistungspflicht der Privaten Versicherer auf wirtschaftlich notwendigen Maßnahmen beschränkt werden.

Die BZÄK weist die Vorwürfe des BDIZ-Präsidenten als „abstrus“ zurück. Man wertet sie als Versuch, dass sich ein „Einzel-fachverband unter vielen großtun möchte“, und betont, dass man sowohl mit den PKV-Spitzen, mit den Mitgliedern der Enquete-Kommission und auch mit den verantwortlichen Ministerien und Abgeordneten seit langem im

(Fortsetzung auf Seite 4)

kostenfähigkeit wie in der Füllungsersatz öffnet. BKKen und IKKen und VdAK steht noch abseits.

Aus Kreisen des Berufsverbands der Deutschen Kieferorthopäden (BDK) und vor allem aus dem Freien Verband wird Kritik an dem Vertrag geübt, da damit die Bemühungen, aus dem „GKV-Gefängnis“ auf Grund der unerträglichen Bema- Umstrukturierung auszurechnen, nach Ansicht eines baden-württembergischen Landesvorstandsmitglieds „unterlaufen werden und die Kostenerstattungsstrategie, die gut angelaufen ist, zunichte gemacht wird“.

Der Freie Verband fordert durch seinen Bundesvorsitzenden Dr. W. Beckmann in einem der DZW-Redaktion vorliegenden Schreiben das Sozialministerium Baden-Württemberg als Aufsichtsbehörde auf, aufsichtsrechtlich einzuschreiten und den Vertrag zu verwerfen. Nach Freiverbands-Auslegung des GMG zum Zuzahlungsverbot des Bundesmantelvertrags können, so Beckmann an das Ministerium, „keine Zuzahlungen im Rahmen einer KfO-

CDU- und SPD-Gesundheitspolitiker, stehen einträchtig Seit an Seit:

Zahnärzte aus neuen EU-Ländern im Kampf gegen Kostenerstattung

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und die niedersächsische Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) wollen die Erweiterung der Europäischen Union nutzen, um Zahnärzte aus den östlichen Nachbarstaaten nach Deutschland zu holen. Damit reagieren sie, so berichtet der Spiegel (Ausgabe 19/2004), auf die Drohung zahlreicher deutscher Kieferorthopäden, die aus Protest gegen die Gesundheitsreform ihre Kassenzulassung zurückgeben oder nur noch gegen Kostenerstattung behandeln wol-

len. In Niedersachsen haben nach einer Veröffentlichung des Freien Verbands insgesamt 49 der 265 Kieferorthopäden die Zulassung zurückgegeben.

Es droht ein akuter Versorgungsmangel

Besonders im Kreis Hildesheim, wo drei von fünf Kieferorthopäden die Zulassung zurückgaben, und in Cuxhaven, wo acht von elf verzichteten, drohe nun ein akuter Versorgungsmangel, sagte eine Sprecherin des nie-

dersächsischen Gesundheitsministeriums.

„Die EU-Erweiterung wird auch motivierte Zahnärzte aus Polen und Ungarn nach Niedersachsen bringen“, sagte Ministerin von der Leyen. Es sei „skandalös“, dass die Kieferorthopäden ihren Kampf um überzogene Honorarforderungen auf dem Rücken der Patienten austrügen.

Auch Bundesgesundheitsministerin Schmidt sprach sich intern dafür aus, dem Protest der einheimischen Doktoren

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sachle
bart w
mann v
nungs
reiche
liegen
Er
zw
Allen
Praxis
thopä
tätige
Mehr
den“ u
sen au
hen“.
reiche
über v
Die
Wolfg
ruhe,
Freibu
Stuttg
Tübing
meins
die AO

Uns
t